

Staatskanzlei, Staatsschreiber, 8510 Frauenfeld

Schweizerische Bundesversammlung
Generalsekretariat Parlamentsdienste
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Per A-Post Plus und E-Mail
zs.kanzlei@parl.admin.ch

058 345 53 11, paul.roth@tg.ch
Frauenfeld, 20. November 2024

Standesinitiative des Kantons Thurgau für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Auftrag des Grossen Rates des Kantons Thurgau und gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV; SR 101), Art. 115 ff. des Parlamentsgesetzes (ParlG; SR 171.10) und § 40 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Thurgau (KV; RB 101) reichen wir Ihnen die nachstehende Standesinitiative des Kantons Thurgau ein.

Der Grosse Rat des Kantons Thurgau hat an seiner Sitzung vom 6. November 2024 dem Beschluss betreffend Einreichung einer Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ mit 93 zu 10 Stimmen zugestimmt.

Der Kanton Thurgau unterbreitet der Bundesversammlung folgende Standesinitiative:

Der Bund wird aufgefordert, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Zusammen mit diesem Schreiben stellen wir Ihnen die folgenden Unterlagen zu:

- Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 30. April 2024 betreffend Beantwortung der Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth und Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 "Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+" (RRB Nr. 326/2024)

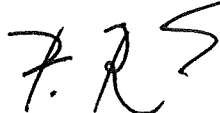
2/2

- Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Grossen Rates des Kantons Thurgau Nr. 3 vom 19. Juni 2024
- Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 24. September 2024 betreffend Umsetzung der Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth und Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 "Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+" (RRB Nr. 632/2024)
- Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Grossen Rates des Kantons Thurgau vom 6. November 2024
- Unterzeichnetes Beschlussexemplar des Grossen Rates betreffend Einreichung einer Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

Wir ersuchen Sie, uns den Eingang der Standesinitiative zu bestätigen und uns über das Ergebnis der Behandlung dieses Geschäftes in den eidgenössischen Räten zu benachrichtigen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

Staatskanzlei des Kantons Thurgau
Der Staatsschreiber



Dr. Paul Roth

Beilagen: erwähnt

Kopie (inkl. Beilagen) an:

- Präsident des Grossen Rates des Kantons Thurgau
- Regierungsrat des Kantons Thurgau
- Thurgauer Mitglieder der Bundesversammlung (8)
- Leiter Parlamentsdienste SK
- Leiterin Regierungskanzlei SK



Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

20	MO 55	650
----	-------	-----

Frauenfeld, 30. April 2024

326

Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth und Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 „Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+“

Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Mit der Motion (7 Erst- und 74 Mitunterzeichnerinnen und -zeichner) wird verlangt, dass eine Standesinitiative ausgearbeitet wird, die den Bundesrat auffordert, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Erasmus+ biete wesentliche Vorteile für die Schweiz wie die Förderung innovativer Lehrmethoden und die Internationalisierung des Bildungssystems. Das aktuelle Schweizer Ersatzprogramm sei administrativ aufwendiger und weniger vorteilhaft.

2. Rechtslage

Gemäss Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV; SR 101) steht jedem Kanton das Recht zu, der Bundesversammlung Initiativen (sogenannte Standesinitiativen) zu unterbreiten. Das Verfahren ist in Art. 115 des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG; SR 171.10) geregelt und gibt dem Kanton die Möglichkeit, mit einer Standesinitiative vorzuschlagen, dass eine Kommission der eidgenössischen Räte einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung ausarbeitet. Solche Erlasse ergehen entweder in rechtsetzender Form (Gesetz oder Verordnung) oder in der Form eines Bundesbeschlusses (Art. 163 BV). Adressat der Standesinitiative ist in jedem Fall die Bundesversammlung; Ziel der Standesinitiative ist stets ein Erlass der Bundesversammlung. Die Motion verpflichtet gemäss Wortlaut vorab den

Bundesrat, der eigentlich nicht Adressat einer Standesinitiative sein kann. Allerdings zielt der Vorstoss in der Sache auf einen Finanzierungsbeschluss der Bundesversammlung zu Erasmus+, was ein rechtmässiges Anliegen der Standesinitiative darstellt.

3. Materielle Beurteilung

3.1. Aktuelle Situation

Ähnliche politische Vorstösse sind auch in weiteren Kantonen eingereicht worden. Das Parlament des Kantons Basel-Landschaft hat die Regierung mit Beschluss vom 11. April 2024 bereits beauftragt, eine entsprechende Standesinitiative einzureichen (Laufnummer 2024/76). Bereits im Februar hatten mehrere Jugend- und Studierendenverbände eine Wiederassoziiierung der Schweiz an Erasmus+ verlangt.

Die Schweiz ist zurzeit am laufenden Bildungsprogramm Erasmus+ 2021–2027 der Europäischen Union (EU) nicht assoziiert. Sie kann sich jedoch im Status eines Drittlands an den Aktivitäten von Erasmus+ beteiligen und setzt zu diesem Zweck die „Schweizer Lösung“ um. In diesem Programm werden hauptsächlich Mobilitäts-, Austausch- und Kooperationsaktivitäten, die mit Erasmus+ kompatibel sind, durch den Bund gefördert. Die Schweizer Lösung gewährt Rechts- und Planungssicherheit für Schweizer Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das Förderbudget für die Jahre 2021–2024 beträgt rund 200 Mio. Franken. Zuständig für die Umsetzung der Schweizer Lösung ist im Wesentlichen die nationale Agentur für Austausch und Mobilität Movetia.

Aus Sicht der Bildungsinstitutionen, speziell des Tertiärbereichs, ist die Voll-Assoziierung der Schweiz am Erasmus-Programm weiterhin von grosser Bedeutung. Entsprechend beinhaltet das Gesamtpaket der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU auch die Assoziierung an Erasmus+. Die Verhandlungen wurden am 18. März 2024 aufgenommen. Der Regierungsrat hat keine Kenntnis vom Stand der Verhandlungen.

3.2. Wirkung der Standesinitiative

Die aktuelle Schweizer Beteiligung an Erasmus+ wird mit im Rahmen der BFI-Botschaft bewilligten Mittel ausreichend finanziert. Eine separate Finanzierungsbotschaft zu Erasmus+ ergibt daher aus Sicht des Regierungsrats erst einen Sinn, wenn die Schweiz zum vollassozierten Mitglied des EU-Programms wird. Insofern hängt das eigentliche Anliegen der Motion, die Vollassoziierung der Schweiz zu Erasmus+, stärker vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU ab als von einem Finanzierungsbeschluss des Bundesparlaments.

Der Regierungsrat unterstützt eine Vollassoziierung der Schweiz zu Erasmus+ vollumfänglich. Da die Kantone zur Erreichung dieser Zielsetzung wenig anderen Handlungsspielraum haben, unterstützt der Regierungsrat auch die Motion. Das Vorliegen von



3/3

mehreren ähnlichen Vorstössen aus verschiedenen Kantonen könnte die politische Wirkung der Standesinitiative zudem verstärken, sodass im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen mit der EU ein klares Zeichen gesetzt wird.

4. Antrag

Aus den dargelegten Gründen beantragen wird Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Motion erheblich zu erklären.

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber



6. Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth, Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 "Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+" (20/MO 55/650)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Das Wort haben zuerst die Initianten, vertreten durch Kantonsrat Simon Vogel.

Diskussion

Simon Vogel, GRÜNE: Ich freue mich, dass wir es schaffen, das Traktandum heute noch zu behandeln, denn wir haben auf der Tribüne bereits Besuch aus dem Ständerat, der vielleicht das Anliegen einmal im Ständerat vertreten kann. Ich bedanke mich im Namen der Motionärinnen und Motionäre für die gute Unterstützung der Motion bereits bei der Einreichung und auch für die schnelle und positive Antwort seitens der Regierung. Damit haben wir die Möglichkeit, die Standesinitiative schnell nach Bern zu überweisen. Der Hintergrund der Standesinitiative ist klar: Die Schweiz soll wieder Vollmitglied beim europäischen Forschungs- und Bildungsprogramm Erasmus+ werden. Seit zehn Jahren sind wir nur noch als Drittstaat dabei und setzen deshalb unsere eigene Ersatzlösung um, damit Schweizer Studierende immerhin eine Möglichkeit haben, am europäischen Austausch teilzunehmen. Diese Schweizer Lösung ist jedoch mit vielen Einschränkungen verbunden und bietet gerade für Organisationen im Jugendbereich, Studierende und Auszubildende nicht die gleiche Vielfalt an Möglichkeiten. Zudem ist der administrative Aufwand dieser Lösung beachtlich. So hat die Universität Zürich über 400 Einzelverträge, um den Austausch mit den europäischen Partnern zu ermöglichen. Eine Vollmitgliedschaft ermöglicht der Schweiz, wieder an allen Austauschprogrammen teilzunehmen, den vollen Zugang zu europäischen Universitäten und eigene Projekte, welche durch die Schweiz koordiniert werden können, anstatt nur an Projekten teilzunehmen und diese zu finanzieren. Mit dem neuen Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union (EU) sind die Chancen nun intakt, dass die Schweiz wieder als Vollmitglied bei Erasmus+ assoziiert werden kann. Damit dies gelingt, müssen zum einen die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU positiv verlaufen. Gleichzeitig muss jedoch zum anderen auch eine entsprechende Finanzierungsbotschaft vom nationalen Parlament verabschiedet werden. Mit der Standesinitiative fordern wir vor allem Letzteres, senden jedoch auch ein klares Signal für die Verhandlungen an den Bundesrat: Der Kanton Thurgau will wieder eine Vollmitgliedschaft von Erasmus+. Dieses Anliegen wird auch in diversen anderen Kantonsparlamenten diskutiert, und vereinzelt wurden bereits entsprechende Standesinitiativen überwiesen. Es ist wichtig, dass hier die Kantone ein klares Zeichen an den Bund senden, denn die Bildung ist zu

einem grossen Teil Sache der Kantone, während jedoch die Umsetzung und Assoziierung an Erasmus+ vollständig beim Bund liegen. Mit der Überweisung und Unterstützung durch den Kanton Thurgau zeigen wir auch: Erasmus+ ist breit verankert und wichtig für alle, nicht nur für die Studierenden und die grossen Hochschulkantone. Bildung und Forschung sind für mich die wichtigsten Güter der Schweiz, und als Einwohner eines Landes im Herzen Europas ist es mir ein zentrales Anliegen, dass wir gemeinsam mit Europa die Bildung und Forschung voranbringen. Erasmus+ bietet hierzu eine hervorragende Möglichkeit. Ich danke für die Unterstützung der Standesinitiative, die GRÜNE-Fraktion tut dies ebenfalls.

Celina Hug, GLP: Auch ich danke dem Regierungsrat für die positive Beantwortung der Standesinitiative. Obschon wir ausserhalb von Erasmus+ über zahlreiche bilaterale Austauschprogramme verfügen, bietet die Teilnahme am Erasmus+-Programm zusätzliche Möglichkeiten, die die Bildungslandschaft der Schweiz und unseres Kantons bereichern und stärken können. Es geht also um die Möglichkeit, durch Erasmus+ zusätzliche Vorteile zu realisieren. Besonders als Land mit einem dualen Bildungssystem würde die Schweiz nicht nur vom Hochschulsektor von Erasmus+ profitieren. Dank seiner vielfältigen Elemente fördert Erasmus+ die Entwicklung eines umfassenden Bildungs- und Austauschsystems, das weit über den herkömmlichen Studierendenaustausch hinausgeht. Die Vollmitgliedschaft eröffnet uns einfache Wege für Lernende und Lehrende, um durch Austauschprogramme internationale Erfahrungen zu sammeln, Kompetenzen zu erweitern, Sprachkenntnisse zu verbessern und ein tiefgreifendes kulturelles Verständnis zu entwickeln. Diese Erfahrungen sind überaus wertvoll in einer globalisierten Welt, in der interkulturelle Kompetenzen und Flexibilität zunehmend gefragt sind. Darüber hinaus profitieren unsere Studierenden von mehr europäischen Uni-Optionen und weniger Bürokratie und Planungsaufwand. Die GLP-Fraktion spricht sich ganz grundsätzlich für eine verstärkte und vertiefte Zusammenarbeit mit Europa aus. Die Rückkehr zur vollständigen Teilnahme an den Programmen von Erasmus+, aber auch von "Horizont Europa" würde nicht nur eine Steigerung der Bildungsqualität und eine breitere internationale Vernetzung, sondern auch eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und eine Verbesserung der Karrierechancen für junge Menschen bedeuten. Mit Annahme dieser Initiative senden wir nicht nur ein klares Signal nach Bundesbern, dass insbesondere für die Bildung, deren Verantwortung hier bei uns im Kanton liegt, die Verhandlungen essentiell sind und diese vorangetrieben werden müssen. Auch erinnern wir als Grenzkanton den Bund wieder einmal daran, dass ein gutes oder schlechtes Verhältnis zum Nachbarn "ennet" der Grenze die Grenzkantone unmittelbar stärker betrifft als das ferne Bern.

Mathias Dietz, Die Mitte/EVP: Ich muss gar nicht mehr viel sagen; vieles ist geschrieben, vieles ist gesagt. Einfach Folgendes: Die Fraktion Die Mitte/EVP stimmt der Motion grossmehrheitlich zu. Ich danke Ratskollege und Mitinitiant Simon Vogel ganz herzlich für die Initiative und die Arbeit sowie dem Regierungsrat für die sehr positive Antwort. Und so

komme ich bereits zum Schluss meines Votums. Ich gebe die Aussage eines Kollegen aus der Fraktionssitzung wieder; eines Mannes, der Bescheid weiss, der aus der Bildung kommt. Er hat gesagt, wenn man dieser Motion nicht zustimme, dann sei es schlecht bestellt um unsere Bildung in der Schweiz; dann gehe die Bildung vor die Hunde. Und das wollen wir nicht.

Peter Schenk, EDU/Aufrecht: Auch die Fraktion EDU/Aufrecht ist für Bildung. Die meisten Mitglieder der Fraktion sehen es wie der Regierungsrat und wollen die Motion grossmehrheitlich als erheblich erklären.

Anders Stokholm, FDP: Auch seitens der FDP-Fraktion sind wir sehr erfreut über die Unterstützung der Regierung für die Standesinitiative zur Vollassoziierung der Schweiz bei Erasmus+. Wir unterstützen die Standesinitiative einstimmig. Sie soll dazu beitragen, dass der Bundesrat mit einem klaren Mandat in die entsprechenden Verhandlungen mit der EU tritt. So sehr wir uns über die Unterstützung freuen, so sehr bedauern wir, dass ein solcher Effort überhaupt notwendig ist. Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist leider nach wie vor in vielen Punkten nicht geklärt, und dafür ist nicht allein der Bundesrat zuständig oder verantwortlich, auch nicht nur die EU, sondern auch wir Schweizerinnen und Schweizer. Die FDP-Fraktion ist klar der Auffassung, dass wir das Verhältnis der Schweiz zur EU endlich auf klare und nachhaltige vertragliche Grundlagen stellen sollten. Dies soll partnerschaftlich geschehen, was impliziert, dass wir auch seitens der Schweiz unseren Anteil zu leisten haben. Früher habe ich bei den Griessköpflern immer die Rosinen herausgepickt; und zwar nicht, weil ich sie gerne mochte, sondern weil ich das Würgen von ihnen bekam. Von den Rosinen kann man das Würgen bekommen, auch und gerade im Verhältnis zur EU. Die Notwendigkeit unseres Vorstosses zu Erasmus+ zeigt, dass die Zeit des Begnügens mit den Rosinen vorbei ist, sonst kommt das Würgen. Klare Mandate sind notwendig im Bildungsbereich und bei vielen weiteren Themen. "En Guete!"

Felix Meier, SP und Gew.: Die Motion ist eigentlich ein Selbstläufer. Man kann sich dabei aber nicht immer ganz sicher sein, denn bei einigen von uns löst ja alles, was aus Brüssel kommt, einen Pawlowschen Reflex aus und wird grundsätzlich abgelehnt. Zudem muss ich ehrlicherweise sagen, dass die Nachrichten von gestern, wonach die EU die Zwischenbilanz aus den Verhandlungen mit Bundesrat Ignazio Cassis nicht ziehen will, weil zu wenige Fortschritte erzielt wurden, nicht gerade positiv stimmt für dieses Dossier. Aber als Grosser Rat behandeln wir eigentlich ganz selten – beinahe nie – Vorstösse, die auf die Zukunft abzielen. Wir behandeln sehr viele Dinge, die die Vergangenheit oder deren Bewältigung zum Thema haben, wie heute ja – zu Recht – auch. Aber wir greifen – wie übrigens auch die Bundespolitik, ich glaube, das letzte Gesetz, das vorausschauende Wirkung hatte, war das Raumplanungsgesetz von 1967 – selten aktiv in die Gestaltung der Zukunft ein. Hier haben wir eine Chance für unsere Nachkommen. Für uns wird es wahrscheinlich

nicht mehr reichen, sicher nicht für mich. Aber wir können hier für unsere Nachkommen eine Chance schaffen, und zwar nicht nur für Intellektuelle – das löst ja bei gewissen Leuten auch einen Anti-Reflex aus, wenn wir von Intellektuellen reden –, sondern dieses Erasmus+ ist für alle – also auch für Lernende, Handwerkerinnen und Handwerker – in jugendlichem Alter. Diese können von diesen Programmen profitieren, und ich möchte Sie dringend auf das hinweisen, was eine Kollegin mir vor einigen Monaten – bald Jahren? – beigebracht hat: dass wir auch in der Dimension der Enkeltauglichkeit denken müssen. Meines Erachtens ist das ein wunderbarer Begriff. Zum Schluss noch ein persönliches Aperçu: Ich habe in meinen zwölf Jahren als Professor für Internationale Beziehungen an zwei Universitäten im Bereich des Mittelmeeres dieses Programm erlebt. Es war etwas zynisch. Ich selbst hätte gerne auch davon profitiert, durfte aber als Schweizer nicht mitmachen, während meine beiden Gaststaaten, Malta und Zypern, die in diesem Moment Beitrittskandidaten waren, vollständig von diesen Programmen profitieren konnten. Und ich kann Ihnen versichern, dass die Leute – und ich habe diese zum Teil sehr, sehr aktiv dabei unterstützt, von diesen Programmen Gebrauch zu machen – komplett positiv verändert von diesen Auslandsaufenthalten zurückkamen. Und es heisst ja nicht umsonst, dass es Lehr- und Wanderjahre gibt; das singen wir manchmal in gewissen Liedern und bemühen es bei Sonntagsreden. Hier haben wir die Chance, allen – der gesamten jugendlichen Bevölkerung, die in Ausbildung ist – diese Lehr- und Wanderjahre zu ermöglichen. In diesem Sinne bitte ich Sie auch im Namen und Auftrag der beinahe grösstmöglichen Mehrheit der Fraktion SP und Gewerkschaften um Unterstützung.

Judith Ricklin, SVP: Am Programm Erasmus+ nehmen alle Mitgliedstaaten der EU sowie weitere europäische Länder teil. Leider wurde die Schweiz 2014/2015 wegen der Nichtunterzeichnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit dem EU-Neumitglied Kroatien in Folge der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative vom Mitgliedsland auf den Status eines Partnerlands zurückgestuft. Erasmus+ bietet mit dem Mobilitätsprogramm weit mehr als lernen an anderen Unis, so wird geworben. Das Angebot fördere die Möglichkeiten auf niederschwellige Art und Weise. Das Selbstbewusstsein, die eigene Anpassungsfähigkeit, das Erlernen einer neuen Sprache, das Engagieren in einem freiwilligen Projekt, Toleranz, Offenheit. Es kann erlebt werden, dass man Dinge auch anders anpacken und umsetzen kann: Bei jungen Menschen reife während eines Auslandsaufenthaltes die Persönlichkeit und die Resilienz. Diese Fähigkeiten seien auf der ganzen Welt gefragt. Ja, man kann dazu sagen, es ist genau die Art von Bildung, die übrigbleibt, wenn man das, was man in der Schule gelernt hat, vergessen hat. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind stolz auf unser Bildungssystem, bei dem alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, die Volksschule zu besuchen, nach der obligatorischen Schulzeit eine weiterführende Schule, ein Praktikum oder die Lehre zu absolvieren und danach ein Studium oder eine Anstellung im erlernten Beruf zu ergreifen. Die Schweiz hat, nachdem sie von Erasmus+ ausgeschlossen wurde, sofort eine Ersatzlösung kreiert, damit unsere Studentinnen

und Studenten dennoch gefördert beziehungsweise ihr Nachteil abgefedert werden kann. Dass die Ersatzlösung als solche spürbar ist, ist nachvollziehbar, denn es ist wie mit Koffein, längerfristig ersetzt es nicht den Schlaf. Und so ersetzt die Schweizer Lösung Erasmus+ nicht, denn Austausch und Zusammenarbeit funktionieren nicht im Alleingang. Man muss aber auch klar kritisieren, dass Bildung und Forschung von Seiten der EU als Spielball politischer Verhandlungen herhalten müssen. Es ist der Sache nicht würdig, wenn die EU damit auf die Schweiz Druck ausübt. Und Druck ausüben heisst: Es geht nicht um Bildungsinhalte, sondern um Geld, viel Geld, denn bereits vor der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 zur eidgenössischen Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" hat Brüssel der Schweiz mitgeteilt, dass mehr Mittel erwartet werden, als das Parlament beschlossen hatte. Die Kosten hätten den vorgesehenen finanziellen Rahmen der Schweiz gesprengt. Sollte die EU weiterhin an ihrer Berechnungsgrundlage anhand des Bruttoinlandsproduktes festhalten, wird die Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ teuer – sehr teuer. Während sich das Budget der Schweizer Lösung für vier Jahre auf rund 200 Mio. Franken beläuft, könnte eine Voll-assoziierung an Erasmus+ für sieben Jahre 1 Mia. Franken kosten. Ist es wirklich notwendig, dass man den Rolls-Royce der Bildung fährt? Höhere Bildungsabgaben und höhere Bildungsausgaben korrelieren nicht automatisch mit einer besseren Bildung. Vielmehr sollte der Fokus auf die effiziente Mittelverwendung gelegt werden, vor allem auch, wenn das Geld ins Ausland fliesst. So hat die Schweiz mit der Sonderlösung einen guten Weg gefunden, Effizienz zu gewährleisten und die Ausgaben in entsprechende Relation zu setzen. Es darf erwartet werden, dass sich Studentinnen und Studenten ihre besonderen Erlebnisse im Ausland, welche über die Sonderlösung hinausgehen, selbst finanzieren. Ich komme zum Schluss. Die Schweiz ist seit 2014 nicht mehr Programmland von Erasmus+, sondern ein Partnerland. Damit Schweizer Institutionen weiterhin mit den Programmländern von Erasmus+ zusammenarbeiten können, hat der Bundesrat eine Schweizer Lösung verabschiedet. Mit diesem Schweizer Programm zu Erasmus+ wird die Zusammenarbeit von Personen und Institutionen aus der Schweiz mit Programmländern von Erasmus+ gefördert. Um die Gegenseitigkeit zu gewähren, wird auch der Aufenthalt von Personen aus Erasmus+-Ländern in der Schweiz finanziell unterstützt. Zudem werden seit 2023 Auslandsaufenthalte weltweit gefördert. Diese Art der Unterstützung nennt sich Effizienz von In- und Output. Deswegen wird die SVP-Fraktion die Motion mit einer kleinen Mehrheit als nicht erheblich erklären.

Regierungsrätin Denise Neuweiler: Vielen Dank für die vielen unterstützenden Voten zu dieser Motion. Ich fange an mit einer kurzen Bemerkung zum Votum vom Kantonsrätin Judith Ricklin. Es ist richtig, dass die Schweiz den Status als Drittland bei Erasmus+ hat, und es ist auch richtig, dass wir im Moment ein Budget von 200 Mio. Franken haben, weil wir nicht voll assoziiert sind. Und es ist tatsächlich davon auszugehen, dass bei einer Voll-assoziierung mehr Kosten verursacht werden. Jedoch: Die Bildung für unsere Zukunft, für unsere Jungen, die sollte uns das wert sein. Es ist ein "return of invest". Weiter muss

bedacht werden, dass die Schweiz mit einer Assoziierung nicht nur Zahlerin ist, sondern – Kantonsrat Simon Vogel hat es gesagt – sich auch bei der Gestaltung der Projekte einbringen und mitreden kann. Das Programm steht allen Organisationen offen. Dazu gehört auch die berufliche Bildung, die in der Schweiz mit ihrem dualen Bildungssystem einen hohen Stellenwert hat. Ebenfalls profitieren die Lehrtätigkeit und die Bereiche von Jugend und Sport. Wie in der Beantwortung der Motion dargelegt, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zentral. Eine Mitgliedschaft bei Erasmus+ erleichtert den Zugang zu Bildungseinrichtungen, fördert den Austausch und stärkt damit auch die Thurgauer Wirtschaft, welche von den geschaffenen grenzüberschreitenden Netzwerken profitieren kann. Das grösste Gut der Schweiz ist die Bildung. Sie ist unser Rohstoff, unsere grösste Ressource für den Werkplatz Schweiz. Eine starke Vernetzung von Bildung, Ausbildung und Arbeitstätigkeit, die über Grenzen hinaus besteht, muss in jeder Hinsicht gefördert und unterstützt werden. Es ist, wie Kantonsrat Felix Meier sagte, ein Vorstoss, der auf die Zukunft abzielt; auf die Zukunft unserer Nachkommen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Motion.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung:

Abstimmung:

Die Motion wird mit 99:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen erheblich erklärt.

Präsident: Das Geschäft geht somit an den Regierungsrat zur Ausarbeitung des Beschlussesentwurfs für die Einreichung der Standesinitiative.

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

Frauenfeld, 24. September 2024
Nr. 632

20	MO 55	650
----	-------	-----

Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth und Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 „Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+“

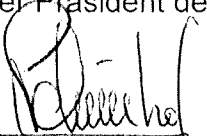
Umsetzung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Beschlussesentwurf zur anlässlich der Sitzung des Grossen Rates vom 19. Juni 2024 erheblich erklärten Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth und Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 „Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+“.

Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Beschlussesentwurf Ihrer Beratung zu unterziehen und uns über die Beschlüsse in üblicher Weise zu benachrichtigen.

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber




Beilage:

- Entwurf des Regierungsrates

4. Motion von Simon Vogel, Celina Hug, Felix Meier, Anders Stokholm, Petra Merz-Helg, Andreas Wirth, Mathias Dietz vom 28. Februar 2024 "Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+" (20/MO 55/650)

Umsetzung

Präsident: Die Motion wurde am 19. Juni 2024 vom Grossen Rat erheblich erklärt. Der Beschlussesentwurf des Regierungsrates für die Einreichung der Standesinitiative liegt nun vor und wurde Ihnen vorgängig zugestellt. Das Wort zum Beschlussesentwurf haben zuerst die Motionärinnen und Motionäre, vertreten durch Kantonsrat Simon Vogel.

Simon Vogel, GRÜNE: Ich habe eigentlich nicht mehr viel zu diesem Anliegen zu sagen. Ich kann nochmals danken für die grosse Unterstützung, welche wir bereits hatten vor ein paar Monaten, als wir über die Motion entschieden haben. Ich bin mit der Umsetzung soweit zufrieden. Weitere Anmerkungen und Diskussionen braucht es von meiner Seite nicht.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Dem Beschlussesentwurf wird mit 93:10 Stimmen zugestimmt.

Präsident: Das Geschäft geht an die Staatskanzlei zur Weiterleitung der Standesinitiative an die Bundesversammlung.

Grosser Rat

Thurgau 

Beschluss des Grossen Rates

betreffend

Einreichung einer Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

vom 6. November 2024

Der Kanton Thurgau unterbreitet der Bundesversammlung gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV; SR 101) folgende Standesinitiative:

Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.



Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates